

Christoph Boyer

## ÖKONOMISCHE EFFIZIENZ UND ‚NATIONALE VERHÄLTNISSE‘: DIE SIEMENS-TOCHTER ELEKTROTECHNA IN DER ERSTEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

### Einleitung

Das Streben nach Ergänzung der 1918 errungenen politischen Selbstständigkeit durch die ökonomische war eine Konstante in der Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik (ČSR). Diese war charakterisiert durch ein mittleres industrielles Entwicklungsniveau,<sup>1</sup> sie musste deshalb neben den produktiven Auswirkungen von Wirtschaftsbeziehungen zu ausländischen Mächten immer auch die Gefahren für ihre politische Handlungsfreiheit im Blick behalten, die aus deren ökonomischer Potenz erwachsen. Da die ČSR insbesondere eine wirtschaftliche Vereinnahmung durch das Deutsche Reich als Vorstufe einer politischen Hegemonie fürchtete, waren die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland über weite Strecken hinweg von Konflikten geprägt. Dies galt für die bilateralen Handelsbeziehungen; es galt aber insbesondere für die Aktivitäten von Tochtergesellschaften reichsdeutscher Unternehmen in der Tschechoslowakei, die sich in erster Linie in technologisch avancierten industriellen Schlüsselbranchen wie der Elektrotechnik, der Metallverarbeitung und der Chemie abspielten.

Ein statistisch untermauertes Bild der reichsdeutschen Investitionen in der Tschechoslowakei zu zeichnen, ist allerdings so gut wie unmöglich, da diese Verbindungen, die die politische Anlehnung der Tschechoslowakei an die Westmächte konterkarierten, in vielen Fällen nicht publik gemacht wurden – während etwa französische, britische oder amerikanische Kapitalbeteiligungen<sup>2</sup> der Staatsräson der Tschechoslowakei, welche ihre Entstehung bekanntlich dem System von Versailles und einer engen Anlehnung an die Westmächte verdankte, nicht zuwiderliefen. Die häufig anzutreffende Abhängigkeit von reichsdeutschen Fachleuten, Patenten und Lizenzen<sup>3</sup> wurde als unvereinbar mit der Identität des neuen Staates empfunden. Nicht zuletzt stellte sich auch aus dem Blickwinkel der Staatsverteidigung die Abhängigkeit der ČSR von deutschem Know-how in der Rüstungswirtschaft und in rüstungsnahen Branchen als heikel dar.

<sup>1</sup> Vgl. *Kubů, Eduard/Pátek, Jaroslav* (Hgg.): *Mýtus a realita hospodářské vyspělosti Československa mezi světovými válkami* [Mythos und Realität des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit]. Praha 2000.

<sup>2</sup> Ihren hohen Stellenwert hat Alice Teichova in ihren bahnbrechenden Untersuchungen herausgearbeitet. An erster Stelle zu nennen ist *Teichova, Alice: An economic Background to Munich*. Cambridge 1974.

<sup>3</sup> *Kubů/Pátek: Mýtus a realita* 227 ff. (vgl. Anm. 1).

Diese Problematik war während der gesamten zwanzigjährigen Lebensdauer der Ersten Republik, von ihrer Gründung im Oktober 1918 bis zu ihrem Ende in der Folge des Münchener Diktats vom September 1938, virulent.<sup>4</sup> Hoch war die Konfliktintensität vor allem in den dreißiger Jahren, in denen sich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland tödliche Gefahren für die Existenz der Republik abzeichneten. Die tschechoslowakische Nationalisierungspolitik beinhaltete ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen mit dem Ziel, die tschechische Position in den als deutsch firmierenden Unternehmen<sup>5</sup> der Republik zu stärken. Hebel der Einflussnahme waren etwa die Steuerpolitik, die Vergabe von Staatsaufträgen, Kapitalbeteiligungen nationaltschechischer Banken an Tochterfirmen reichsdeutscher Unternehmen oder die Lancierung von Vertretern nationaltschechischer Parteien – etwa der Nationaldemokraten, der Volkssozialisten und der Agrarpartei<sup>6</sup> – in deren Verwaltungsräte.

Umstritten waren in diesem Zusammenhang auch die ‚nationalen Verhältnisse‘ (národnostní poměry) in den Betrieben, vor allem auf der Ebene der technischen und administrativen Fach- und Führungskräfte. Die Überrepräsentation deutscher Ingenieure und Manager – einheimischer Deutscher mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft, vor allem aber Reichsdeutscher – begründete den manchmal ernst gemeinten, zuzeiten, etwa in Wahlkämpfen auch populistisch instrumentalisierten Generalverdacht, hier werde konspirativ und mit wenig freundlichen Absichten die Fernsteuerung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft im Dienste reichsdeutscher ökonomischer und militärischer Interessen betrieben. Die Frage der ‚nationalen Verhältnisse‘ wurde zum ersten Mal virulent im Kontext der ‚Nostrifizierung‘,<sup>7</sup> mit der die Prager Regierungen ab 1918 die auf dem Territorium der Republik operierenden, aber vom Ausland – meist von Wien, der alten Metropole der Habsburgermonarchie – aus geleiteten Unternehmen zur Verlegung ihrer Zentralen in die ČSR zu veranlassen suchten. Die Nostrifizierung ging Hand in Hand mit der Ausweitung des tschechischen Kapitaleinflusses und dem Versuch einer Umschichtung der ‚nationalen Verhältnisse‘.

Die folgende Studie analysiert die Aktivitäten der reichsdeutschen Unternehmen in der ČSR anhand des Fallbeispiels der 1930 gegründeten Siemens-Tochter Elektrotechna. Diese bearbeitete den tschechoslowakischen Markt für Erzeugnisse der Schwachstromtechnik; sie war in der Ersten Republik der bedeutendste Anbieter auf dem Gebiet der Telefon-Infrastruktur. Das Erkenntnisinteresse richtet sich nicht auf

<sup>4</sup> Vgl. zur Problematik insgesamt: Boyer, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918-1938). München 1999.

<sup>5</sup> Dass die nationale Zuordnung von Unternehmen, die Abgrenzung einer deutschen von einer tschechischen Wirtschaft schwierige Definitionsprobleme beinhaltet, kann hier nicht weiter erörtert werden. Hierzu ausführlich *Ebenda* 4 ff.

<sup>6</sup> *Ebenda* 21 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Lacina, Vlastislav: Formování Československé ekonomiky [Die Herausbildung der tschechoslowakischen Wirtschaft]. Praha 1990, 91 ff. – Ders.: Nostrifikace podniků a bank v prvním desetiletí Československé republiky [Die Nostrifizierung von Unternehmen und Banken im ersten Jahrzehnt der tschechoslowakischen Republik]. In: ČČH 92 (1994), 77-93.

eine Gesamtgeschichte der Elektrotechna. Im Vordergrund steht vielmehr die spezifische Ausprägung von ‚politischem Unternehmertum‘, welches sich unter den skizzierten, von der Politik präfigurierten Rahmenbedingungen entwickelte.

Die Analyse hat in Rechnung zu stellen, dass, entgegen dem ersten Anschein, die Beweggründe der Akteure keineswegs eindimensional waren. Zwar war der ökonomische Nationalismus Leitmotiv der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik. In den dreißiger Jahren verband er sich mit den Sicherheitsinteressen des jungen Nationalstaats, als deren Anwalt in erster Linie das Verteidigungsministerium und der eng mit den militärischen Kreisen kooperierende Tschechoslowakische Nationalrat, die Dachorganisation der Nationalvereine, auftraten.<sup>8</sup> Auf die Eindämmung, ja Ausschaltung des reichsdeutschen Einflusses drängten auch die mit der Elektrotechna konkurrierenden Unternehmen. Gegenläufig wirkten jedoch die Interessen von tschechischen Kapitalgebern und einheimischen Belegschaften am Prosperieren des Unternehmens sowie die Belange der Konsumenten. ‚Militärische‘ und ‚zivile Staatsräson‘ – das von Post- und Eisenbahnverwaltung vertretene öffentliche Interesse an einer Kommunikations-Infrastruktur auf hohem technischem Niveau – gerieten hier immer wieder in Konflikt. Die Darstellung verfolgt Widerstreit und Ausgleich dieser divergierenden Interessen von der Gründung des Unternehmens und den ersten Bestrebungen zu seiner Nationalisierung über die Phase des verschärften Konflikts nach der Machtergreifung im Deutschen Reich bis zum Höhepunkt der Auseinandersetzung in der Folge des Staatsverteidigungsgesetzes von 1936.

#### *Unternehmensgründung und erste Nationalisierungsbemühungen*

Die Automatisierung des Telefonverkehrs war nach dem Ersten Weltkrieg in der Tschechoslowakei wie in ganz Europa ein Gebot der Stunde. Da im Lande kein leistungsfähiges einheimisches Unternehmen auf dem Terrain der Schwachstromtechnik existierte, kamen für die erforderliche Umstellung als Partner der Postverwaltung in erster Linie die reichsdeutsche Siemens und Halske und die britische Western in Betracht. Das Gebietskartell dieser beiden Unternehmen wies das Territorium der ČSR dem Einflussbereich von Siemens zu. 1921 entschied sich die Post für das von Siemens offerierte System. Auf dessen Grundlage wurde der Auftrag für das erste automatische Telefonnetz der Republik, das Prager, vergeben, das zunächst an den Standorten Wien und Berlin gefertigt wurde.

Als Partner von Siemens hatte die Telegrafia sich an der Offerte beteiligt. Auch dieses nationaltschechische Unternehmen, entstanden aus einer Reparaturwerkstätte des Postministeriums, war ein Ziehkind von Siemens, wo die Blaupausen erarbeitet und die Techniker ausgebildet wurden. Auf die Kooperation hatte sich Siemens angesichts des Drängens der Postverwaltung auf eine Nationalisierung der Produktion eingelassen. Als im März 1927 nicht näher bekannte Unstimmigkeiten zur Beendigung der Geschäftsbeziehung führten, verlegte sich die Telegrafia auf die politisch unverfänglichere Zusammenarbeit mit Partnern aus dem westlichen Ausland:

---

<sup>8</sup> Hierzu Boyer: Nationale Kontrahenten 23 ff. (vgl. Anm. 4).

sie schloss einen Lizenzvertrag mit der britischen Marconi's Wireless Telegraph Co. Ltd. und erhielt auf dieser Grundlage den Auftrag für die automatische Zentrale Ostrava (Mährisch-Ostrau). Die Western erwarb nun ein Drittel der Aktien der Telegrafia; sie offerierte Lizenzen und technische Hilfe bei der Produktion ihres Telefonsystems Rotary. In einigen größeren Telefonzentralen kaufte die Postverwaltung das Siemens-System an, in Brno (Brünn), Ústí nad Labem (Aussig) und in einigen kleineren Zentralen kam die Telegrafia zum Zuge.

Die forcierte Auslandsexpansion reichsdeutscher Unternehmen in den guten Jahren der Weimarer Republik hatte in nationaltschechischen Kreisen starke Überfremdungsängste hervorgerufen. Die wachsende deutsche Wirtschaftskraft im Zuge eines Konzentrationsschubs war in der ČSR Gegenstand aufmerksamer Beobachtung.<sup>9</sup> Die nationaldemokratische Zeitung „Národní politika“ (Nationale Politik) bezichtigte Deutschland, Versailles auf dem Umweg über die Wirtschaft aushebeln zu wollen; Polen sei die gewaltsame Eroberung, der Tschechoslowakei zumindest die ökonomische Penetration zugebracht.<sup>10</sup> Vor diesem Hintergrund brandete eine Welle der Kritik auf, als Siemens die tschechische Firma Křižík übernahm.<sup>11</sup> Dass der Konzern im Herzen von Prag, am Wenzelsplatz, residierte, markierte die symbolische Seite des Skandals. Deutsches ‚Kriegsziel‘ sei, über die bereits bestehende Hegemonie im Bereich von Kohle und Chemie hinaus, die Kontrolle der gesamten verteidigungswichtigen Industrie. Die dort nistenden reichsdeutschen Geheimnisträger machten, so hieß es, den Kampfwert der tschechoslowakischen Armee bereits zunichte.

Speziell die ‚nationalen Verhältnisse‘ des Unternehmens standen von Anbeginn im Scheinwerferlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit. Im Baubüro der Prager Telefonzentrale, so etwa „Národ“ (Nation), das Abendblatt der der nationaldemokratischen Partei nahe stehenden „Národní listy“ (Nationale Blätter) am 16. September 1927, seien Reichsdeutsche in größerer Zahl anzutreffen, während die Einarbeitung einheimischer Kräfte vernachlässigt werde. Die Ausländer beherrschten die Staatssprache nicht, sodass die Staatsverwaltung, immerhin der größte Kunde, gezwungen sei, Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen. Im Postministerium sei sogar ein Fachvortrag mit Diskussion auf Deutsch veranstaltet worden.<sup>12</sup> Die Meldung der „Národní osvobození“ (Nationale Befreiung) vom 12. Oktober 1927, Siemens habe die Reichsregierung gedrängt, anlässlich der deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen eine Garantie des Aufenthaltsrechts für die reichsdeutschen Angestellten in der ČSR durchzusetzen, nahmen die Beamten- und Angestellten-Werksausschüsse der Metallindustrie zum Anlass für eine Attacke nicht nur gegen den Konzern, sondern gegen die Reichsdeutschen in der Metallbranche allgemein und in den großen Werken in Grenznähe speziell.<sup>13</sup> Mehrere Male

<sup>9</sup> Das Prager Tagblatt berichtete von hundert Unternehmenszusammenschlüssen in Deutschland im ersten Halbjahr 1926. Siehe Prager Tagblatt vom 4. 6. 1927.

<sup>10</sup> BArch-B (Bundesarchiv, Abteilung Berlin), RMWi (Reichswirtschaftsministerium), Gesandtschaft Prag an AA, 31. 8. 1927.

<sup>11</sup> Zum Hintergrund Leipziger Neueste Nachrichten vom 10. 9. 1927.

<sup>12</sup> Abendblatt Národ vom 16. 9. 1927.

<sup>13</sup> Národní osvobození vom 12. 10. 1927. – SÚA (Státní ústřední archiv [Staatliches Zentral-

mahnte auch die Volkswirtschaftliche Kommission des Nationalrats im Benehmen mit den einschlägigen Berufsverbänden eine Ersetzung der ausländischen Ingenieure an, er sammelte ‚belastendes Material‘ und verlangte von Verteidigungsminister František Udržal eine Erörterung dieser unter dem Gesichtspunkt der Staatssicherheit bedenklichen Verhältnisse im Interministeriellen Ausschuss für Staatsverteidigung.<sup>14</sup>

Obwohl die nationaltschechische Presse die bedeutende Position des reichsdeutschen Konzerns und die Praxis der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Behörden an diesen des Öfteren mit scharfen Kommentaren bedachte, rückte das Postministerium vom Siemens-System – in technischer Hinsicht eindeutig das beste – nicht ab: Sachzwänge behielten hier gegenüber der Nationalpolitik die Oberhand. Ein neuerlicher Großauftrag vom April 1927 – die letzten 20000 Anschlüsse für das Prager Amt – war dann allerdings, offensichtlich aus politischen Rücksichten, mit der Auflage verbunden, die Fertigung zumindest teilweise ins Inland zu verlegen. Um den Widerständen aus der nationaltschechischen politischen Szene den Wind aus den Segeln zu nehmen, rief Siemens die Elektrotechna AG für Schwachstromtechnik ins Leben, die im Juli 1930 ihre Tätigkeit aufnahm. Das Kapital von 16 Millionen Kronen verteilte sich im Verhältnis von 25,5 : 25,5 : 49 auf die der tschechischen Agrarpartei nahe stehende Agrární banka (Agrarbank)<sup>15</sup>, die der Klerikalen Partei verbundene Moravská banka (Mährische Bank, auch Moravobanka) sowie Siemens und Halske. Das Unternehmen sollte von Berlin aus geführt werden. Allerdings war eine nationaltschechische Aktienmehrheit zur Auflage gemacht worden; eine Verschiebung der einmal fixierten Proportionen durch Kapitalerhöhungen war nicht statthaft. Die tschechische Majorität sollte nicht ohne Zustimmung der Regierung in andere Hände übergehen.

Der Genehmigungsbescheid des Handelsministeriums machte dem Unternehmen zur Auflage, die Produktion stufenweise ins Inland zu verlagern und auf inländische Rohstoffe umzustellen. Letzteres wurde anhand der Lagerbestände sowie der Bücher kontrolliert<sup>16</sup>; ebenso achteten die Behörden darauf, dass nicht lediglich

archiv]), Ministerstvo sociální péče (MSP) [Ministerium für Sozialfürsorge], Karton 1586, E 2/1– 2/1/1927–28, Arbeitskommission der Beamten- und Angestellten-Werksausschüsse der Metallindustrie in der Tschechoslowakischen Republik an MSP, 9.11.1927.

<sup>14</sup> SÚA, NRČ-N (Národní rada Česká/Československá [Tschechischer/Tschechoslowakischer Nationalrat], Karton 414, Bericht für die Sitzung der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Nationalrats am 17.2.1928. Ob und wann eine solche Besprechung stattfand, geht aus den Akten nicht hervor. – SÚA, NRČ-N, Karton 413/2/236-7, Sitzung der Volkswirtschaftlichen Kommission des Nationalrats am 18.10.1928.

<sup>15</sup> Zur Agrarbank und ihrer Beziehung zur Agrarpartei vgl. *Novotný, Jiří / Šouša, Jiří*: Banka v znamení zeleného čtyřlístku. Agrární banka 1911-1938 (1949) [Die Bank im Zeichen des grünen Kleeblatts. Die Agrarbank 1911-1938 (1949)]. Praha 1996.

<sup>16</sup> ANB (Archiv národní banky; heute: Archiv České národní banky [Archiv der Nationalbank; heute: der Tschechischen Nationalbank]). AB, S X-40/2, Aktenvermerk über die Syndikatsvereinbarung vom 28.1.1930. – PA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn), R 78 954, Siemens und Halske Berlin an AA (Auswärtiges Amt), 13.3.1935, Exposé über die ET (Elektrotechna Prag) in der Anlage. – SÚA, MF (Ministerstvo financí [Finanzministerium]), Karton 239, 119/38, MPaT (Ministerstvo pošt a telegrafů [Ministerium für Post- und Telegrafwesen]) an MF, 18.12.1933. – Wirtschaftsdienst Hamburg vom 8.8.

importierte Teile montiert wurden. Die Elektrotechna kaufte die einheimische Radiozenit auf, die im Interesse der Erhaltung der qualifizierten Arbeiterschaft unter der Firma Radiotechna weitergeführt wurde. In Prag übernahm die Elektrotechna eine Anlage für die Produktion medizinischer Geräte und erwarb Lizenzen zum Bau von Flugabwehreinrichtungen, deren Produktion in der TEPAS (Technický průmysl a. s.) zusammengefasst war.<sup>17</sup> Zu seinem Vorsitzenden bestellte der zweiundzwanzigköpfige Verwaltungsrat in seiner ersten Sitzung am 22. Juli 1930 den ehemaligen Minister Josef Dolanský, als Stellvertreter firmierten u. a. ein Direktor des Siemenskonzerns in Berlin und Karel Svoboda, der Oberdirektor der Agrarbank. Den größten Kunden, den Staat, vertraten ein Obersektionsrat des Post- und ein Sektionsvorstand des Eisenbahnministeriums. Direktor des Unternehmens und Verbindungsmann zu den Behörden war der tschechische Rechtsanwalt Adolf Krýsa; seine Freundschaft mit Sektionschef Josef Strnad aus dem Postministerium war die Grundlage aller Großaufträge.<sup>18</sup>

Umsätze und Beschäftigung der Elektrotechna entwickelten sich zunächst zufrieden stellend, auch weil Siemens Großaufträge an das Unternehmen weiterreichte. Die umfangreichen Lieferungen für die automatische Telefonzentrale des Saargebiets etwa sicherten die Beschäftigung für einige Monate. 1931 machte sich dann allerdings die Wirtschaftskrise durch Auftragsmangel bemerkbar.<sup>19</sup> Die Fortschritte in der Nationalisierung des Unternehmens gaben nach Auffassung der Postverwaltung zu Optimismus Anlass: Der Inlandsanteil der Produktion erhöhte sich kontinuierlich. Bei der neuen Telefonzentrale in Jablonec nad Nisou (Gablonz) betrug er an die 95 Prozent. Im Geschäftsbereich der privaten Inlandsbestellungen überschritt die Elektrotechna Anfang 1932 den vorgeschriebenen Inlandsanteil von 75 Prozent. Vorerst weiterhin importiert wurden einige Teile, die nur in der im Ausland eingespielten Serienproduktion zu vertretbaren Preisen hergestellt werden konnten. Dies war ein Gebot der ökonomischen Vernunft, hinter das sich im Verwaltungsrat auch Obersektionsrat František Schneider, der Vertreter des Postressorts, stellte.<sup>20</sup>

1930. – AKPR (Archiv kanceláře prezidenta republiky [Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik]), T 182/22, Karton 84, Bericht des Obersektionsrates František Schneider vom 25.2.1932 über die Verhältnisse bei der Elektrotechna. – SAA (Siemens-Archiv-Akte [im Archiv der Siemens AG, München])-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe. – AMZV (Archiv ministerstva zahraničních věcí [Archiv des Außenministeriums]), Sektion IV, Karton 744, Mappe 1, Protokoll der Verwaltungsratssitzung am 5.4.1935, Rede Krýsas zur Gründungsgeschichte.

<sup>17</sup> AKPR, T 182/22, Karton 84, Bericht des Obersektionsrates František Schneider über die Verhältnisse bei der Elektrotechna, 25.2.1932. – SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe. – Wirtschaftsdienst Hamburg vom 8.8.1930.

<sup>18</sup> *Ebenda* – Börsen-Courier vom 15.6.1930. – SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe. – ANB, AB, S X/40-4, Sitzung des Verwaltungsrats der Elektrotechna am 22.7.1930. – MNO (Ministerstvo národní obrany [Ministerium für nationale Verteidigung]) an Agrarbank, 22.7.1930. – SÚA, MF, Karton 239, 2624/36, MPaT an ET, 16.12.1931. – MPaT an MF, 16.12.1931.

<sup>19</sup> AKPR, T 182/22, Karton 84, Bericht des Obersektionsrates František Schneider über die Verhältnisse bei Elektrotechna, 25.2.1932. – SÚA, MF, Karton 239, 2624/36, MPaT an PMR (Předsednictvo ministerské rady [Präsidium des Ministerrats]), 12.7.1932.

<sup>20</sup> SÚA, MF, Karton 239, 2624/36, MPaT an MF, 16.12.1931. – AKPR, T 182/22, Karton 84,

Die ‚nationalen Verhältnisse‘ stellten sich zum 1. Januar 1932 wie folgt dar:<sup>21</sup>

	Tschechoslowakische Staatsbürger				Ausländer			
	T	D	A	Z	R	Ö	A	Z
ET	152	81	1	234	3	3	2	8
TEPAS	15	1	–	16	3	–	–	3
RT	18	2	–	20	–	–	–	–
Zus.	185	84	1	270	6	3	2	11

Abkürzungen: ET: Elektrotechna, RT: Radiotechna, T: Tschechen, D: Deutsche, A: Andere, Z: Zusammen, R: Reichsdeutsche, Ö: Österreicher

Von den 630 Arbeitern der drei Unternehmen waren 611 Tschechoslowaken und 19 einheimische Deutsche.<sup>22</sup> Die Interpretation dieses Befundes war jedoch kontrovers: So nahm das Postministerium die Aufstellung als Anzeichen für einen Wandel der Verhältnisse im ‚tschechoslowakischen Geiste‘, die Präsidentenkanzlei indessen als Indiz für den Skandal, dass sich in einigen Branchen die verteidigungswichtigen Unternehmen zum größten Teil in den Händen von Ausländern bzw. unter dem Einfluss der nationalen Minderheiten befänden. Schlagendes Beispiel für das raffinierte und zielbewusste Vordringen der reichsdeutschen Industrie sei die Elektrotechna, sie strebe das Monopol auf dem Schwachstrommarkt und die Erdrosselung der jungen einheimischen Industrie an. Der Etikettenwechsel zur Elektrotechna ermögliche Siemens weiteres Ausgreifen als vordem. Eine Loslösung vom reichsdeutschen Einfluss habe nur auf dem Papier stattgefunden: Elektrotechna und Radiotechna verfügten weder über Laboratorien noch über Konstruktionsbüros im Land, weiterhin würden viele Teile eingeführt und in der ČSR lediglich montiert. Die in den vorgelegten Personalübersichten verzeichneten Ausländer seien, wenn auch gering an der Zahl, sämtlich auf leitenden Posten beschäftigt.<sup>23</sup> Realitätsnäher war die Gendarstellung Schneiders: Nur Weltkonzerne wie Siemens und Bell, nicht aber die einheimische Schwachstrom-, Radio- und Telefonindustrie könnten unabhängig sein; auch die Telegrafia war schließlich auf ausländische Partner angewiesen. Angesichts der unumgänglichen Kooperation mit Siemens, was das Know-how anbetraf, konnte für die Pragmatiker in der Postverwaltung nur die stufenweise Umstellung auf Inlandsproduktion bzw. die Ersetzung der ausländischen leitenden Angestellten durch einheimische Fachkräfte Schritt für Schritt als realistische Lösung in Frage kommen.<sup>24</sup>

Bericht des Obersektionsrates František Schneider über die Verhältnisse bei der Elektrotechna, 25.2.1932.

<sup>21</sup> *Ebenda.*

<sup>22</sup> *Ebenda.*

<sup>23</sup> AKPR, T 182/22, Karton 84, Aktenvermerk AKPR, o. V., 13.2.1932. – AKPR, T 182/22, Karton 84, Der Kanzler des Präsidenten der Republik an Ministerialrat Člupek, 25.3.1932.

<sup>24</sup> AKPR, T 182/22, Karton 84, KPR/Aktenvermerk Člupek vom 7.6.1932. – Stellungnahme Schneiders vom 3.5.1932.

1932 wurden auf Veranlassung der Staatsvertreter Telefonteile fast ausschließlich mit heimischen Rohstoffen und im Land produziert. 1933 besaßen acht von 263 Angestellten nicht die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft (drei von ihnen waren Reichsdeutsche, drei Österreicher), die 580 Arbeiter – der Personalstand war in der Krise gesunken – waren fast ausschließlich Einheimische. Man habe, so das Postministerium, die Führung des Unternehmens „im Geist des tschechoslowakischen Staatsgedankens“ gefördert.<sup>25</sup> Bei schwacher Konjunktur, einer Kapazitätsauslastung von 60 Prozent und sinkenden Umsätzen setzten sich die Nationalisierung der Produktion und die Reduzierung der Verbindung nach Berlin auf die Lizenzen und die Kapitalbeteiligung fort.<sup>26</sup>

### *Verschärfung des Konflikts nach 1933*

Die Machtergreifung im Reich verunsicherte die Tschechoslowakei fundamental; sie leistete wachsender Feindseligkeit der öffentlichen Meinung auch gegen die im Lande ansässige deutsche Minderheit Vorschub. Diese hatte den Ruch des unsicheren Kantonisten nie ganz abstreifen können. In den dreißiger Jahren, insbesondere deren zweiter Hälfte, erschienen die Deutschen unter den länger werdenden Schatten des Reiches als dessen potentielle Fünfte Kolonne doppelt suspekt. Hierzu trug auch der Aufstieg der von Konrad Henlein geführten Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) und ihrer Nachfolgeorganisation, der Sudetendeutschen Partei (SdP), bei. Das Programm der Henlein-Bewegung enthielt von Anfang an und in zentraler Position wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung; die Unterschiede reduzierten sich auf Nuancen. Die Agitation der Partei für die Parlamentswahlen vom Mai 1935, in denen die SdP zur stärksten Partei der Republik wurde, war durch einen nur mehr notdürftig verhüllten Irredentismus charakterisiert. Den Wahlerfolg der Partei, die ihre Loyalitätsbekundungen zur Republik nun auf das Allernotwendigste reduzierte, verstand man allgemein als Plebiszit für Deutschland.

Die gespannte innenpolitische Situation blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Position der reichsdeutschen Konzerne in der Wirtschaft der Republik, auch auf die der nach wie vor als deutsch eingestuften Elektrotechna. Eher paranoid muteten die Attacken der „Československá obrana“ (Tschechoslowakische Wehr) an, die mit monomaner Beharrlichkeit die Elektrotechna als Staatsfeind Nr.1 geißelte. Die Elektrotechna hatte das von einem ehemaligen Siemensmitarbeiter herausgegebene Periodikum dem Eigentümer abkaufen wollen, angesichts dessen exorbitanter Forderungen davon jedoch Abstand genommen. Eine Klage wegen übler Nachrede und unlauteren Wettbewerbs gegen die Telegrafia, als deren Erfüllungsgehilfen man die „Československá obrana“ verdächtigte, hatte eine Hausdurchsuchung beim Konkurrenten und in der Redaktion des Blattes zur Folge. Da Beweise für eine

<sup>25</sup> SÚA, MF, Karton 239, 2624/36, MPaT an PMR, 27.7.1933. – SÚA, MF, Karton 239, 119/38, MPaT an MF, 18.12.1933.

<sup>26</sup> SÚA, MF, Karton 239, 2624/36, MPaT an PMR, 6.11.1934 bzw. 23.10.1935.

Anstiftung durch die Telegrafia jedoch nicht gefunden wurden, wurde das Verfahren eingestellt.<sup>27</sup>

Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1935 steigerten sich die Angriffe gegen das Unternehmen und gegen die ‚Parade-Tschechen‘ in dessen Verwaltungsräten zu solcher Heftigkeit, dass die Berliner Konzernzentrale das Auswärtige Amt um eine diplomatische Intervention der Prager deutschen Gesandtschaft ersuchte. Deren Bestätigung, die Elektrotechna sei in jeder Hinsicht ein nationaltschechisches Unternehmen, in dem nicht einmal mehr deutsche Schreibkräfte mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft zum Zuge kämen, führte jedoch in eine Dilemmasituation: Jeglicher Beistand der deutschen Diplomatie musste als Bestätigung der Vorwürfe, die Elektrotechna sei ein verkapptes reichsdeutsches Unternehmen, aufgefasst werden. Da ein Ende der Tiraden der „Československá obrana“, die auch nach Auffassung der tschechischen Vertreter im Verwaltungsrat das Unternehmen schwer zu schädigen geeignet waren, nicht abzusehen war, verwies am 5. April Direktor Richard Diercks, der Vertreter des Berliner Mutterhauses im Verwaltungsrat – bezeichnenderweise unterstützt vom Beamten- und vom Arbeiterwerksausschuss der Elektrotechna –, auf die ‚nationalen Verhältnisse‘: die inzwischen fast ausschließlich tschechische Belegschaft und den zu mehr als zwei Dritteln tschechischen Verwaltungsrat. Mit Ausnahme des kaufmännischen Direktors Karl Markgräfe waren alle leitenden Posten mit Tschechen besetzt. Dass nach wie vor Mitarbeiter des Konzerns im Lande tätig waren, rechtfertigte Diercks mit Sacherfordernissen, der auch für die tschechoslowakische Wirtschaft profitable Technologietransfer mache permanente enge Kontakte zwischen Prag und Berlin unabdingbar.<sup>28</sup>

Gefährlicher als die Angriffe der „Československá obrana“, die eher am ‚lunatic fringe‘ der nationaltschechischen politischen Landschaft angesiedelt war, erwies sich gegen Ende des Jahres 1935 der Vorstoß General Josef Dvořáks, des Leiters des militärischen Fernmeldewesens der ČSR, gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrats der Telegrafia. Da das Auftragsvolumen in der Weltwirtschaftskrise – die die Tschechoslowakei bekanntlich überaus hart traf – zurückgegangen war, hatte sich die Konkurrenz zwischen Elektrotechna und Telegrafia verschärft. Für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als halbstaatliches Unternehmen waren technische Defizite und ‚Rationalisierungslücken‘ in Produktion und Verwaltung verantwortlich.<sup>29</sup> Nachdem Dvořák Diercks das Ausscheiden der restlichen reichsdeutschen An-

<sup>27</sup> Die Zeitschrift erschien von Juni 1931 bis Dezember 1934. – Vgl. zum Hintergrund PA, R 78 954, Gesandtschaft Prag an AA, 28.3.1935. – SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe.

<sup>28</sup> PA, R 78 954, Siemens und Halske Berlin an AA, 13.3.1935. – PA, R 78 954, Gesandtschaft Prag an AA, 28.3. und 4.4.1935. – MZV, Sektion IV, Karton 744, Mappe 1, Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 5.4.1935.

<sup>29</sup> Die Gewinne im Postgeschäft beruhten auf überhöhten Preisen; wo Wettbewerb herrschte, fiel das Unternehmen zurück. Man sicherte sich in solchen Fällen zwar Aufträge durch Dumping, produzierte aber Verluste. Das Vermögen der Gesellschaft verringerte sich aus diesem Grund von 1930 bis 1937 um über 14 Millionen Kronen, das Verhältnis von Eigen- zu Fremdmitteln verschlechterte sich im selben Zeitraum signifikant, die Bankschuld

gestellten nahe gelegt hatte, berief Siemens alle Reichsdeutschen außer Markgräfe, dem kaufmännischen Vorstand und Vertrauensmann Berlins, ab. Ende 1935 wurde der einheimische Deutsche Schäfer, ein tschechoslowakischer Staatsbürger, zum technischen Vorstand bestellt; in Berlin oder Wien ausgebildete Deutschböhmern saßen auf weiteren Schlüsselpositionen.<sup>30</sup> Da das Telefonsystem als militärisch hochsensibler Bereich galt und die Elektrotechna nach wie vor als reichsdeutsche Firma gehandelt wurde, waren Diercks' Befürchtungen, die Telegrafía werde versuchen, mit nationalpolitischen Argumenten die Elektrotechna von der Vergabe öffentlicher Aufträge auszuschließen, nicht ausgeräumt. Ein neuerliches an die Adresse der Prager deutschen Gesandtschaft gerichtetes Hilfeersuchen Diercks' argumentierte, es gehe nicht an, „in der heute etwas nervösen Zeit“ alles unter dem Blickwinkel der Staatssicherheit zu betrachten. Die großen Telefonsysteme seien ohnehin alle international bekannt; die für den Kriegsfall erforderlichen national zuverlässigen Fachleute für Wartungs- und Reparaturarbeiten stünden in der Elektrotechna zur Verfügung. Eine Intervention der Gesandtschaft beim Außenministerium wurde angesichts der innenpolitischen Turbulenzen nach dem Rücktritt von Präsident Masaryk nicht weiterverfolgt.<sup>31</sup>

Der Kampf um Staatsaufträge, so Markgräfes unverkennbar von den Charakterstereotypen des Volkstumskampfs geprägte Sicht der Dinge, werde geführt mit Methoden, denen wir nach Charakter und Erziehung zunächst nicht gewachsen waren, bis wir von den Tschechen gelernt hatten, ihnen gegenüber unsere wahren Gedanken zu verbergen und rücksichtslos das Gegenteil von dem zu tun, was man gerade vorher gesagt hatte, um den ewigen Interventionen und Sabotagen zuvorzukommen. Eine besondere Belastung für den Reichsdeutschen im Verkehr mit der Verschlagenheit der Tschechen bedeutete stets seine harmlose Aufrichtigkeit und Offenheit.<sup>32</sup>

Aller ‚tschechischen Verschlagenheit‘ zum Trotz verschaffte wenige Tage später der Verbindungsoffizier des Verteidigungs- zum Außenministerium, der Oberst im Generalstab Jaroslav Ostřížek, den Betroffenen Aufklärung darüber, dass Dvořák die Elektrotechna trotz aller Nationalisierungsmaßnahmen, auch ungeachtet des Engagements der tschechischen Banken und der Vertretung von Parteien und Ministerien im Verwaltungsrat als eine Siemens-Dépendance betrachte. Die durch das ‚Preisdumping‘ der Elektrotechna verursachten Defizite begliche die Berliner Siemens-Zentrale; sie nehme diese Kosten in Kauf, um sich auf diesem Wege Informationen über verteidigungswichtige Objekte in der Tschechoslowakei zu verschaffen. Auf einer geheimen interministeriellen Beratung sei deshalb der Entschluss gefasst worden, Staatsaufträge einheimischen Firmen vorzubehalten.<sup>33</sup>

---

stieg von knapp 900 000 auf fast 7,5 Millionen Kronen. Vgl. SÚA, MF, Karton 128, 1712/38, MD (Ministerstvo dopravy [Verkehrsministerium]) an PMR, 27. 10. 1938.

<sup>30</sup> SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe.

<sup>31</sup> PA, R 78 954, Schriftsatz vom 23. 11. 1935 von Direktor Diercks der Gesandtschaft in Prag übergeben. – Vgl. auch die Darstellung im Exposé Diercks' vom 19. 10. 1936. – SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe.

<sup>32</sup> *Ebenda.*

<sup>33</sup> AMZV, Sektion IV, Karton 744, Mappe 1, Ostřížek an Siemens und Halske, Telefunken und ET, 26. 11. 1935.

Mit dieser Interpretation nicht so recht vereinbar waren allerdings die Auskünfte der Prager Polizeidirektion, denen zufolge die Elektrotechna im Dezember 1935 an führender Stelle nur noch fünf Ausländer – zwei davon Reichsdeutsche, einer Österreicher – beschäftigte. Politisch exponierte sich von diesen keiner; die Polizei hielt sie zwar allesamt für Hitler-Anhänger, musste aber zugeben, dass belastendes Material nicht vorlag.<sup>34</sup> Vielfältigen Widerspruch erntete Dvořák in erster Linie jedoch aus seinem eigenen, dem nationaltschechischen Lager: Die Arbeiter- und Angestelltenvertretungen der Elektrotechna, die Diercks bereits auf der Verwaltungsratssitzung vom 5. April Rückendeckung gegeben hatten und hinter Dvořáks Vorstoß ein Manöver des von ihm repräsentierten Konkurrenzunternehmens witterten, bekundeten zwar Verständnis für militärische Belange, gaben andererseits aber zu bedenken, dass eine Liquidierung des Unternehmens Arbeitslosigkeit und – nachdem die Abhängigkeit von ausländischen Lizenzen nun einmal nicht aufzuheben sei – einen Anstieg der Importe und höhere Preise oder eine niedrigere Produktqualität zur Folge haben würde.<sup>35</sup> Das Ministerium für Soziale Fürsorge hielt einen Ausschluss der Elektrotechna vom Markt sowohl aus dem Blickwinkel der Beschäftigten als auch aus dem der Konsumenteninteressen für fatal.<sup>36</sup> Das Außenministerium machte geltend, nach einer Zerschlagung des Unternehmens könnten die einzelnen Abteilungen nicht einfach mit ähnlich hohem Wirkungsgrad in andere Betriebe integriert werden, zumal nicht alle Angestellten zu den von der Elektrotechna gezahlten überdurchschnittlichen Löhnen von der Konkurrenz übernommen werden könnten. Ein Unternehmer, eine Bank oder eine Behörde mit der Bereitschaft zur Übernahme der Firma als Ganzes sei nicht in Sicht, eine Totalliquidation der Elektrotechna hingegen werde die dort konzentrierten Fachleute zerstreuen und dequalifizieren. Hinzu kam, dass das Unternehmen gerade in der Herstellung einer Reihe militärischer Geräte technisch konkurrenzlos und deshalb von großer Bedeutung für die Verteidigungsfähigkeit des tschechoslowakischen Staates war.<sup>37</sup> Ungeachtet dieser Interventionen schlugen sich die ungünstigen politischen Rahmenbedingungen in den Betriebsergebnissen nieder: Schloss die Elektrotechna vor dem Hintergrund der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage das Bilanzjahr 1935 auch mit einem bescheidenen Gewinn von etwa 50 000 Kronen ab, so waren die Aufträge der Post- und der Eisenbahnverwaltung doch signifikant gesunken und betrogen zusammengekommen nur mehr an die zwei Millionen Kronen.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> AMZV, Sektion IV, Karton 744, Mappe 1, Polizeidirektion Prag an MV (Ministerstvo vnitřní [Innenministerium]), 27.12.1935.

<sup>35</sup> SÚA, PMR, Karton 3535, 814/103/36, Schriftsatz des Beamten- bzw. des Arbeiterwerksausschusses über die Gefahr der Liquidierung der Elektrotechna, 25.11.1935.

<sup>36</sup> SÚA, AMZV, Sektion IV, Karton 744, Mappe 1, MSP (Ministerstvo sociální péče [Ministerium für Soziale Fürsorge]) an MPaT, 28.1.1936. – MSP an MNO, 28.2.1936.

<sup>37</sup> AMZV, Sektion IV, Karton 744, Mappe 1, Ausarbeitung (o. V.) vom 22.11.1935 mit dem Titel: „Likvidace závodů fy Elektrotechna?“ [Liquidierung der Werke der Fa. Elektrotechna?].

<sup>38</sup> SÚA, MF, Karton 239, 2624/36, MPaT an MF, 12.8.1936.

*Vom Staatsverteidigungsgesetz zur ‚Zweiten Republik‘*

Das höchste Stadium des Konflikts war mit dem Staatsverteidigungsgesetz von 1936 erreicht. Das wachsende Gefühl der Bedrohung durch den aggressiven nationalsozialistischen Nachbarn beschleunigte die Arbeiten an diesem bereits in den zwanziger Jahren in die Wege geleiteten Gesetz. Unter die ‚verteidigungswichtigen‘ Bereiche der Volkswirtschaft, die nun spezieller staatlicher Kontrolle unterlagen und deren Belegschaften von ‚unzuverlässigen Elementen‘ in der Leitung und unter den Beschäftigten zu reinigen waren, rechnete der gesamte Schwachstromsektor. Öffentliche Aufträge durften dort nur mehr an ‚zuverlässige Firmen‘ vergeben werden.<sup>39</sup>

Die Elektrotechna reagierte auf die neuen Rahmenbedingungen mit einer Umstrukturierung, die eine Fortsetzung des Behördengeschäfts ermöglichen und gleichzeitig ein ‚Auffangbecken‘ für die exponierten reichs- und die sudetendeutschen Angestellten schaffen sollte. Nicht ausgeschlossen werden konnte nun nämlich, dass nicht nur die reichsdeutschen Verwaltungsräte und Belegschaftsmitglieder, sondern sämtliche Angestellte deutscher Nationalität – auch diejenigen tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft – zu ‚unzuverlässigen Personen‘ erklärt würden. Gefordert wurde nun auch eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung der tschechischen Banken auf mindestens 80 Prozent.<sup>40</sup>

Die mit dem Verteidigungsministerium geführten Verhandlungen über die Umstrukturierung wurden Anfang September 1936 abgeschlossen. Die kriegswichtigen Abteilungen, in denen auch die Aufträge für das Verteidigungs-, das Post- und das Eisenbahnministerium bearbeitet wurden, verblieben bei der Elektrotechna. Das Geschäft mit den privaten Kunden – die Telefonvermietung, der Absatz medizinischer Geräte sowie der Geschäftsbereich der Radiotechna – wurde in der TEPAS konzentriert, die keine Geschäfte mit den Behörden mehr tätigte, sondern sich auf die Erschließung zusätzlicher privater Absatzmärkte verlegte. Die TEPAS war ihrer Kapitalstruktur nach eine reine Siemens-Dépendance. Die Anteile der beiden tschechischen Banken am Kapital der Elektrotechna – nach wie vor 16 Millionen Kronen – wurden auf 32,5 Prozent heraufgesetzt; die Siemens-Beteiligung reduzierte sich folglich auf 35 Prozent. Sie wurde von der TEPAS übernommen, die auf diesem Weg indirekt den Einfluss des Stammhauses sicherstellte. Dieser Umbau ging mit neuerlichen Umschichtungen im Verwaltungsrat und in der Geschäftsführung einher: Direktor Krýsa, der tschechische ‚Platzhalter‘, trat zugunsten eines Ministerialen aus dem Postressort von seinem Posten zurück, er blieb dem Unternehmen allerdings durch einen Vertrag als Rechtsberater und Syndikus auf zwei weitere Jahre verbunden.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Vgl. Boyer: Nationale Kontrahenten 351 ff. (vgl. Anm. 4).

<sup>40</sup> PA, Handelspolitik IV a, Wirtschaft 13, Tschechoslowakei, Band 1, Siemens und Halske Berlin an AA, 20. 6. 1936.

<sup>41</sup> ANB, AB, S X-40/4, Vorlage an den Verwaltungsrat der Elektrotechna vom 9.9.1936. – Markgräfes Bericht zufolge war Krýsa nur bis 1934 engagiert und dann wegen nationalistischer Angriffe und einer Steuerstrafsache nicht mehr zu halten gewesen. Er habe aber auch nach seinem Ausscheiden die Verbindung gehalten und sich weiter als nützlich erwiesen. Vgl. SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe.

Dass diese Reorganisation, die die Elektrotechna von einer direkten in eine indirekte Siemens-Dépendance umgewandelt hatte, das Unternehmen nicht endgültig aus der Schusslinie brachte, zeigte sich bereits Ende September, als das Innenministerium mit Hinweis auf die ‚unzuverlässigen‘ ausländischen Mitarbeiter den völligen Ausschluss des Unternehmens aus dem Postgeschäft verlangte.<sup>42</sup> Verteidigungsminister František Machník<sup>43</sup> hatte zwar mündlich sein Plazet zur Umstrukturierung bereits erteilt und für den 12. Oktober die Aufhebung der zuvor erlassenen Auftragsperre in Aussicht gestellt. Am 13. Oktober aber wurde Karel Svoboda, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats, der die Verhandlungen für die Elektrotechna geführt hatte, eröffnet, das Militär wünsche nun doch die völlige Beendigung der Siemens-Beteiligung. Ursache dieses Schwenks war der Zufall in Gestalt der Erkrankung eines der Elektrotechna wohlgesonnenen Generals. Hinzu kam ein Lapsus mit folgendem Hintergrund: Siemens hatte sich bei der Gründung der Elektrotechna den involvierten tschechischen Banken gegenüber zum Aufkauf ihrer Beteiligung verpflichtet für den Fall, dass diese ihr Engagement abzustoßen wünschten; zur Absicherung des Risikos war sogar der Kaufpreis bei den Banken hinterlegt worden. Da die Banken in produktionstechnischen Fragen über kein unabhängiges Expertenwissen verfügten, hatte der Konzern zudem eine Renditegarantie geleistet. Nachdem durch ein Versehen im Generalstab bekannt geworden war, dass die nationaltschechischen Banken aufgrund dieser Abmachungen mit keinerlei Verlusten aus einer Liquidierung der Elektrotechna zu rechnen hatten, schwanden die Widerstände gegen die Schließung. Da das Prestige des Konzerns, der aus seiner Gründung herausgedrängt zu werden drohte, auf dem Spiel stand und außerdem die Angelegenheit zu einem Präzedenzfall für die gesamte deutsche Wirtschaft in der ČSR zu werden drohte, wurde das Auswärtige Amt wieder einmal um Unterstützung angegangen. Vorerst konnte man auch auf den Rückhalt bei den Banken bauen, die Wert auf ein weiteres Engagement von Siemens legten, weil sie sich allein zur Führung der Elektrotechna nicht imstande sahen.<sup>44</sup>

Zu einer Totalliquidation des Unternehmens kam es aber auch unter den jetzt obwaltenden ungünstigen Umständen nicht. Allerdings: war die Auftragslage 1936 aufgrund der Besserung der gesamtwirtschaftlichen Situation auch positiver als im Vorjahr, so stellten die Aufträge aus dem Verteidigungs- und dem Postressort doch nur mehr ein dünnes Rinnsal dar. Im Dezember erlegte das Postministerium auf Drängen des Verteidigungsministeriums, die Vergabe von Staatsaufträgen ganz einzustellen, allen Post- und Telegrafendirektionen ein unbedingtes Verbot von

<sup>42</sup> SÚA, PMR, Karton 3535, 814/103/36, MV an MPaT, 29.9.1936.

<sup>43</sup> František Machník, Politiker der tschechischen Agrarpartei, 1933-1938 Verteidigungsminister, Urheber des viel kritisierten – aber kaum praktisch wirksam gewordenen – Machník-Erlasses vom 28. Januar 1936, der als ‚deutsch‘ firmierenden Unternehmern zur Auflage machte, der Anteil tschechoslowakischer Unternehmensangestellter müsse mindestens dem Prozentsatz tschechoslowakischer Arbeiter und dieser wiederum dem Anteil der Tschechoslowaken an der Gesamtbevölkerung der Region entsprechen; ausländische Arbeitnehmer seien wenn irgend möglich zu ersetzen.

<sup>44</sup> PA, R 78 954, Exposé Diercks vom 19.10.1936. – Siemens und Halske Berlin an AA, 20.10.1936.

Geschäftsbeziehungen mit der Elektrotechna auf. Der Vertreter des Postressorts im Verwaltungsrat bat daraufhin um die Abberufung, die der Minister am 14. Dezember 1936 aussprach.<sup>45</sup> Obwohl nun nur mehr das Privatgeschäft gepflegt werden konnte, setzte sich unter den Vorzeichen des Staatsverteidigungsgesetzes der Dauerkonflikt mit den Behörden bis zum Ende der Ersten Republik im September 1938 fort. Das Verteidigungsministerium forderte die Einstellung der Berichterstattung ins Reich; außerdem wurde der Telefonverkehr der Elektrotechna abgehört. Als ein tschechischer Betriebsleiter sich kritisch hierzu äußerte, verlangten die Militärs seine Entlassung, die allerdings in eine Versetzung zur Radiotechna abgemildert werden konnte. Ministerpräsident Milan Hodžas in einem „Spitzengespräch“ mit Carl Friedrich von Siemens vom Herbst 1937 gegebene Zusage, den „Komplex Elektrotechna“ überprüfen zu lassen, blieb angesichts der sich nun ungemein verschärfenden Spannungen folgenlos.<sup>46</sup>

Henleins Brief an Hitler vom November 1937, der offen die „Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich“ als Ziel formulierte, markierte die Zäsur zur letzten Phase der deutsch-tschechischen Beziehungen vor „München“.<sup>47</sup> Als 1938 die Staatspolizei von dem Unternehmen ohne Angabe einer Rechtsgrundlage Auskünfte über Interna anforderte, bestätigte der Deutsche Hauptverband der Industrie (DHI), die Interessenvertretung der deutschen Wirtschaft in der Tschechoslowakei, dass die Behörde auch nach dem Staatsverteidigungsgesetz hierzu kein Recht besaß; „für alle Fälle“ wurde nun auch Henleins Sudetendeutsche Partei von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.<sup>48</sup>

In dieser offenen Hinwendung zum „Staatsfeind Nr. 1“ zeichnete sich bereits das künftige offensive Auftreten des Siemenskonzerns nach dem Münchener Diktat ab. „Nach den neuerdings eingetretenen Verhältnissen“ und angesichts der zu erwartenden engen wirtschaftlichen „Kooperation“ des Reiches mit der Zweiten Tschechoslowakischen Republik wurde eine Bündelung der Siemens-Interessen, diesmal unter offener Führung der Berliner Zentrale, ins Auge gefasst. Kapitalbeteiligung und Technologietransfer gingen nun wieder mit der Entsendung reichsdeutscher Kräfte Hand in Hand.<sup>49</sup> Vor dem Hintergrund der Annexion des Sudetenlandes, die die – von Hitler verächtlich so genannte – „Rest-Tschechei“ dem Würgegriff des NS-Regimes aussetzte, nimmt die Zustimmung des Ministerrats der Zweiten Republik zur Beteiligung der Elektrotechna an Staatsaufträgen nicht Wunder.<sup>50</sup>

<sup>45</sup> SÚA, PMR, Karton 3535, 814/103/36, MPaT an alle Post- und Telegrafendirektionen, 14.12.1936. – SÚA, Karton 239, 119/38, MPaT an MF, 3.11.1937.

<sup>46</sup> SAA-68/Li 470, Geschichte der Elektrotechna AG Prag, bearbeitet von Direktor Markgräfe.

<sup>47</sup> ADAP (Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik), Serie D, Band 2, Dokument Nr. 23, S. 45, 47, Henlein an von Neurath, 19.11.1937, mit dem „Bericht für den Führer“ in der Anlage.

<sup>48</sup> SÚA, SdP, Karton 44, Arbeitgeberhauptstelle des DHI an Elektrotechna, 18.8.1938.

<sup>49</sup> PA, Handelspolitik IVa, Wirtschaft 12, Tschechoslowakei, Band 1, Ausarbeitung der Siemens-Halske Berlin vom 12.10.1938. – PA, Gesandtschaft Prag, I/3b, Band 1, Ausarbeitung der Siemens AG vom 9.11.1938.

<sup>50</sup> Diese wurde erteilt laut einem handschriftlichen Vermerk vom 25.11.1938, o.V., auf dem

## Resümee

Die Bestrebungen, die auf die Kontrolle deutscher Unternehmen in der Wirtschaft der Ersten Republik zielten, waren komplex und im Widerstreit von Effizienz und ‚Nationalismus‘ gefangen. Anzunehmen ist, dass marktinkonforme Eingriffe wie etwa die Auflagen bezüglich der Verlegung der Produktion ins Inland, die Verwendung inländischer Rohstoffe, die erzwungene Erhöhung des Anteils an Inländern beziehungsweise die Zurückdrängung von Ausländern auf der Führungsetage des Unternehmens effizienzmindernd wirkten.<sup>51</sup> Dass Siemens sich dem permanenten Zwang zum Kompromiss und zur Beteiligung des einheimischen Kapitals sowie der Mitsprache der Politik unterwarf, geschah vermutlich mit Blick auf die Interessen des Konzerns in Südosteuropa; die Elektrotechna war ein wichtiger Trittstein auf dem Weg dorthin.<sup>52</sup> Zudem war der Zwang zum Rückzug auf das Konzessionsgeschäft in den autarkistischen dreißiger Jahren eine im Auslandsgeschäft des Konzerns nicht unübliche Erscheinung.

Reichte die Verfügungsmacht der Elektrotechna über hochwertiges technisches Know-how und ihre überlegene produktionstechnische Effizienz auch nicht aus, um in der Extremsituation der späten dreißiger Jahre gegen die Sicherheitsinteressen des tschechoslowakischen Staates das Volumen der öffentlichen Aufträge zu sichern, so wirkten doch die Interessen der einheimischen Banken, der Belegschaft und der behördlichen Großabnehmer lange Zeit als Hemmschuhe gegen allzu drastische Eingriffe in die Leistungs- und Ertragsfähigkeit des Unternehmens. Hier war offensichtlich die ‚List der Vernunft‘ am Werk: War die Einräumung von Kapitalbeteiligungen an nationaltschechische Banken ursprünglich dazu gedacht, die politische Kontrolle über die Elektrotechna zu verstärken und das deutsche Element dort zurückzudrängen, so wirkte sie de facto dahin, das Interesse auch der tschechischen Kapitaleigner an einem reibungslosen Ablauf der Produktion zu erhöhen, dasjenige an einer abrupten Änderung der ‚nationalen Verhältnisse‘ aber zu reduzieren. Zudem verhinderte der Rechtsstaat der Ersten Republik – dies galt sogar für die Geltungsdauer des Staatsverteidigungsgesetzes – willkürliche Eingriffe der Behörden in die Unternehmen wie rechtswidrige Entlassungen, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen nicht ganz, aber doch in sehr weitgehendem Maße. Hier wie in den deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt überwölbte der ‚Pragmatismus der Praktiker‘ vielfach nationalpolitische Konfliktlinien.

---

zitierten Dokument PA, Gesandtschaft Prag, I/3b, Band 1, Ausarbeitung der Siemens AG vom 9.11.1938. – MNO an Elektrotechna, 26.1.1939.

<sup>51</sup> Dies ist eine Plausibilitätserwägung; die Quellenlage hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Interna reicht nicht aus, sie zu erhärten. Auch wäre die durch politische Eingriffe bewirkte Effizienzminderung kaum gegen die durch die Weltwirtschaftskrise bewirkten Störungen abzugrenzen.

<sup>52</sup> Vgl. *Feldenkirchen*, Wilfried: *Siemens 1918-1945*. München, Zürich 1995, 281. – *Schröter*, Harm: *Siemens and Central and South-East Europe between the two World Wars*. In: *Teichova*, Alice/*Cottrell*, Philip L. (Hgg.): *International Business and Central Europe 1918-1939*. New York 1983, 173-192.